

Die Menge warf mit Steinen auf die Schusseule. Eine Anzahl von diesen mußte sich in einen Schädelcrabau retten, dessen Scheiben durch Steinwürfe zertrümmert wurden. Dann kamen aus der inneren Stadt Verstärkungen der Polizei an. Mehrere gegen die Beamten abgegebene Schüsse gingen fehl. Eine Frau soll von Schusseulen über den Kopf geschlagen und ein Knabe verletzt worden sein. Die Ausschreitungen wegen des Geteins erstreckten sich nicht nur auf die Strupp'sche Werft, sondern auf alle Betriebe in der Metallindustrie. Sie sollen bis einschließlich Freitag dauern.

## **Grandview.**

Die durch den Streit in Chambon geschaffene Lage hat sich bisher nicht gebessert. Im Laufe des Vormittags wurde ein bekannter Agitator verhaftet und nach St. Etienne gebracht, der der Teilnahme an vorsätzlicher Brandstiftung beschuldigt wird. Ein Zug streifender Arbeiter mit Flusse an der Spitze hat sich nach St. Etienne in Bewegung gesetzt, um die Freilassung des Verhafteten zu verlangen.

Intertia.

Die Eisenbahndirektionen der von Chicago nach dem Westen führenden Linien haben die Regierung ersucht, in den Lohnstreitigkeiten mit dem Maschinenpersonal zu vermitteln. Dem Er- suchen wird entsprochen werden. — Die Heizer- union nahm die Vermittlung der Regierung an.

四

Glänzende Erfolge weisen bekanntlich die deutschen Ausforstungsarbeiten bei Kiautschou auf. Das Kaiserl. japanische Forstamt gibt über sie soeben einen höchst anerkennenden Bericht. Das günstige deutsche Resultat hat bereits die chinesische Regierung veranlaßt, namentlich um Wulden unter Beitung deutscher Fachleute mit Ausforstungsarbeiten vorzugehen.

Wie aus Batavia gemeldet wird, breitet sich die Cholera auf Java immer weiter aus. Täglich kommen durchschnittlich 40 Erkrankungen vor.



Otto Häßler.

## Fractionsvorsteher der neuen Fortschrittischen Volkspartei.

Der geschäftsführende Ausschuß der „Fortschrittlichen Volkspartei“, des neuen einheitlichen Parteiverbandes der bisher zerstückelten linksliberalen Fraktionen Deutschlands, hat in seiner ersten Sitzung den Abgeordneten und Berliner Stadtrat Otto Fischbeck zum Vorsitzenden gewählt. Herr Fischbeck hatte bisher das gleiche Amt im geschäftsführenden Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei inne, zu deren bekanntesten und einflußreichsten Vertretern im Berliner Stadtparlament und im preußischen Abgeordnetenhaus er zählte.

## Deutscher Steidestag.

Eitung vom 15. März. Bei starkbesetztem Hause wurde heute zunächst die zum Poststat gehörige Ostmarkenzulage mit 154 Stimmen gegen 140 Stimmen des Zentrums, der Bölen, der Sozialdemokraten und des Abgeordneten Träger angenommen, bei deren Abstimmung sich neulich Debatzunfähigkeit ergeben hatte. Dann wurde in längerer, ziemlich stimmungloser Aussprache die Resolution zum Stat des Reichskanzlers

Schiedsgerichtsstelle einen Vertrag  
abgeschlossen, der dem polnischen Adel  
Rechten zu Schönau - Krotzen und  
gewissen Nachbarn und anderen  
v. Sagon freundlich aufgenommen, aber  
ohne einen Hinweis auf das angeflossene  
militärische Tage sehr wichtige Verträge bei  
Schlesien und Sachsen. Außerdem teilte der Kaiser  
auf eine Frage des Abgeordneten Grotzky mit,  
daß die Verhandlungen mit Amerika nach dem  
Schluß eines Schiedsgerichtsvertrages nicht mehr  
abgebrochen seien, und Ministerialbeamten von  
Sachsen folgte dem Befehl, daß die bestimmen  
Bestimmungen zur Schiedsgerichtsstelle  
Betrag mit Österreich-Ungarn hierzu im  
Schluß gelangt seien und jede Struktur werde  
zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland in  
Buchst. aufsteilt, dem Schiedsgericht unter-  
breitet wird.

Dann wurde über eine sozialdemokratische Resolution auf Befragung eines Komitees beruhend über die Berantwortlichkeit des Reiches verhandelt, bei deren Begründung Herr Bracht offen erklärte, daß dieses Schiedsgericht den ersten Schritt sein sollte, um das gegenwärtige bürgerliche Rechtsystem durch ein demokratisches zu ersetzen, und außerdem einen erneuten Appell an die gesamte Sintie richtete. Beide an Seite der Sozialdemokratie gegen die Sintie zu wenden. Außerdem hatten die Sozialdemokraten zur Durchführung einer Novelle zum Wahlgesetz noch eine Tagung eründet, in welcher die Frist für die Erledigung der Wiederaufbauten von 90 auf 60 Tage verabgelegt werden sollte. Sündhaft wurde jedoch die erste Resolution abgestimmt und die sozialdemokratische Resolution über die Rauscherverantwortlichkeit gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Einstimmig angenommen wurde zener die gemischte Resolution auf Unterstützung der internationalen Schiedsgerichtsbemühungen und zener die elsäß-lothringischen Resolutionen mit Ausnahme der sozialdemokratischen.

Dann trat das Haus in die Beratung des Amtes des Auswärtigen Amtes ein. Abg. v. Herting vom Zentrum erstattete Bericht über die kommissionssitzende Verhandlungen. Die persönlichen Anträge auf das Auswärtige Amt liebten den Innen-Deutschland. Das Auswärtige Amt setzte die Interessen der Reichsbürgern nachdrücklich wahren. Der konservative Abgeordnete Graf Raniz erklärte: Die im vorigen Jahr drohende Kriegsgefahr ist noch nicht ganz erloschen. In der Marokkofrage brauchen wir uns keine allzu großen Besorgnisse zu machen. Unsere fortwährenden Friedensbeteuerungen England gegenüber haben keinen Zweck. Mit dem gegenwärtigen Amerikanischen Zolltarif können wir nicht zufrieden sein. Der große Fehler unserer Wirtschaftspolitik liegt in dem Abschluß langfristiger Handelsverträge. Hoffentlich ist unsere auswärtige Politik im festigen Reichsland so geborgen, wie bei keinem Amtsvorgänger. Für die Nationalliberalen bemerkte der Abgeordnete Stresemann: Ein Gefühl der Unruhe ist noch vorhanden. Es hat das Auswärtige Amt in seinem Weise über Marokko selbst anerkannt. Wie gelten nicht mehr so viel wie zu Bismarcks Zeiten. Den Mittelpunkt unserer auswärtigen Politik bildet der Verhältnis zu England. Tatsächlich hat England ein Interesse daran, die Kaufkraft Deutschlands zu vermindern. Im handelspolitischen Verkehr mit Frankreich finden wir wenigstens gegenüber. Bei Nennung des Namens Marocco empfinden wir kein Gefühl der Besorgnis. Wir fordern eine starke Förderung unserer wirtschaftlichen Entwicklung und den Schutz unserer Interessen im In- und Ausland, aber eine Verwaltung, die von kaufmännischem Geiste geprägt ist.

Sodann erhebt Scheidemann (Soz.) seine Stimme. Seine einleitenden Worte verblüffen, denn er, der Sozialdemokrat, regt sich gewaltig über die Gesege gegen den Staatssekretär v. Schoen auf, findet aber sogleich, als er auf die Mannesmann-Angelegenheit zu sprechen kommt, Worte, die mit dem guten Ton des Hauses, auf den er so pocht, schwer zu vereinbaren sind. In der Mannesmann-Angelegenheit sagt er kurz, ist das deutsche Volk belogen worden. Er unterstellt den Brüdern Mannesmann unlautere Machenschaften und nachdem er diesen Triumph ausgespielt hat, spricht er über die Rüstung: Das englische Marinebudget würde nicht in England aufgestellt, sondern in Deutschland. Wenn wir mit unseren Rüstungen weiter so fortgeschreiten würden, würde auch England in gleicher Weise vorstellen.

10. The following table shows the number of hours worked by 1000 workers.

**W**ir sind überzeugt, dass die  
Bewilligung der Einführung  
einer elektronischen Abstimmung  
im Deutschen Bundestag eine  
große Fortschrittsbewegung darstellt.

Die Befreiung der Arbeitnehmer aus dem Dienstvertrag führt zu einer Verunsicherung der Betriebe. Die Gewerkschaften sind bestrebt, die Arbeitnehmer zu schützen.

Wirtschaftlichkeit - Oder nicht möglich, den  
Lukrati onen bei Abo-Guthaben für die Befreiung der  
Befreiung nach meinem Vertrag zu entziehen, um  
beständigen Zetteln zu erlauben, die die Abfrage  
frage entziehen ist. Auf dem einen Seite  
ur der Nutzen für die Nutzerseiten, die es  
ab die Unterhaltungsstellen für das System  
effizient.

**Rohrbau 10** wird nach dem  
Gefrei 18 entlädt.  
Vorausgesetzt ist eine  
ausreichende Füllung des  
Höhenbehälters.

Wahl, wobei gegen 20 jugoslawische Stimmen, Kapitel 98, entsprechende Worte nutzt, gegen 1 jugoslawienförmige Stimmen angenommen. Bei Kapitel 100 und 101 des Winkels erhebt sich eine Debatte über die 20 000 jugoslawische Worte, ab Arbeitsergebnissen, die nach dem 5.

Wig. 37. Ein in Künftig entstehende in Hüngerer Aus-  
gung den Geschäftspunkts, daß die jugendlichen  
liche Bibliothek sich den vom Staat ins Leben  
rufenen an die Seite stellen könnte und ihrem  
Vorgesetzten und Freunden über die Verkümmfung  
der Schundliteratur, die um keinen durch Ber-  
fügung der Lebenslage hat unteren Maßen er-  
igen könne.

Abg. Schwerter erwidert: Mietnigen, wodurch die Gehung beiß guten Zonen verlangen, sollten er auch schon mit gutem Beispiel vorangehen. Die Eltern des Abg. Reichenberg möchten nun ebenfalls den eigenen Vorteilskreis und der sozialdemokratischen Strenge überbietet haben. Er bitte meinen Kultusminister, die Befreiung von Prüfungen in das Realgymnasium, wie es in Blauen gegeben sei, nicht unter Einspeis auf das beständigst Straft tretenbe neues Gesetz über das Prüfungswesen zu verlängern.

Kultusminister Dr. Wedd stellt demgegenüber, daß das Ministerium noch wie vor die Zulassung von Doktortiteln in die höheren Universitätsklassen fördere, aber nach den gesetzlichen Bestimmungen nur befugt ist, Wahlsachen in die drei ersten Klassen aufzunehmen. Die Regierung sei der hohen Aufgabe wohl bewußt, welche die Kampfung der Schundliteratur mit Rüg bringt, bedauere nur, daß die Worte Freimlings in einem völligen Gegensatz zu der von der Sozialrepublik verherrlichten Bildungsfrage stehem.

**Abg. Seitzner** (notab.) stellt fest, daß gegen Schmidliteratur die Blätter sämtlicher Bor-  
n gleichmäßig vorgeben.

Khg. Reimling beschwerte unter dem Geber des Soaves, daß die bürgerliche Stelle in treff des Louis für die sozialdemokratischen Kitter die Lehrmeisterin geworden sei.

Die Gänseher erfüllt, wenn man solche Ab-  
stüngungen aufstelle, müsse man auch den Beweis  
erbringen und zweifel es zurück, daß die Stomate,  
die die bürgerlichen Blätter bringen, auf diesen  
zu schließen beginnen.